

DOI: 10.5771/0342-300X-2020-5-349

Politische Solidarität in transnationaler Perspektive

Die Gegenwart ist durch eine Vielzahl transnationaler Krisen gekennzeichnet. Der Klimawandel, die globale Ungleichverteilung des Wohlstands, die nationalistische Wende innerhalb einiger westlicher Demokratien oder zuletzt auch die Corona-Pandemie sind drängende Beispiele. Vor diesem Hintergrund ist eine Pluralität an sozialen Bewegungen zu beobachten, welche im Referenzrahmen der Solidarität auf globale Krisen reagieren. Dabei drängen sie auf politische Veränderungsprozesse, die auf eine bessere (Welt-)Gesellschaft abzielen, und praktizieren damit Formen politischer Solidarität. Wie genau solche Praktiken politischer Solidarität und deren transformatives Potenzial verstanden werden können, darauf will dieser Beitrag eine Antwort geben.

MICHAEL REDER, ALEXANDER HEINDL

1 Einleitung

Angesichts des Coronavirus wird sehr viel über solidarisches Handeln gesprochen. Solidarität wird dabei meist als eine Tugend der verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger verstanden, um das Risiko einer gefährlichen Pandemie zu bannen. Solidarität wird teils kontraintuitiv verwendet, beispielsweise wenn soziale Distanz als solidarisches Handeln interpretiert wird. Aber es wird nicht nur gesprochen: Solidarität scheint sich als zentrales moralisches Handlungsprinzip im Rahmen der Corona-Krise zu etablieren. Corona, so der Eindruck, führt zu einer Renaissance des Diskurses über Solidarität und ist Initialzündung für solidarisches Handeln.

Auffällig an dem Diskurs über Solidarität im Zeichen des Virus ist allerdings, dass Solidarität dabei oftmals als eine soziale Qualität der Gemeinschaft verstanden wird. Im Zentrum stehen das Verhalten der Menschen einer Gemeinschaft und die Frage, wie dieses helfen kann, die Krise zu meistern. Die politischen Auswirkungen in ihrer ganzen Tragweite werden nicht hinterfragt. Im Falle der Corona-Krise bleiben z.B. die neu produzierten politischen Ausschlüsse (Menschen in prekären Lebenssituationen, Geflüchtete) oft unbeachtet. Außerdem scheint es, als könnten die Gemeinschaften die Krise allein meistern. Selbst innerhalb Europas wirkt das politische Handeln oft

rein national bestimmt. Die beschworene Solidarität bezieht sich oftmals nur auf den nationalstaatlichen Kontext. Obwohl es sich explizit um eine globale Herausforderung handelt, fällt eine globale, koordinierte Antwort schwerer denn je.

Viele Krisen der vergangenen Jahre zeigen ähnliche Probleme; sei es der fortschreitende Klimawandel oder der Umgang mit Migrant*innen. Immer wieder zeigen sich nationale Alleingänge und Schließungstendenzen, obwohl offensichtlich ist, dass diese zu kurz greifen. Demgegenüber haben sich in den vergangenen Jahren jedoch auch viele Praktiken herausgebildet, die sich auf Solidarität als normatives Narrativ berufen und die eben jene nationalen Begrenzungen überwinden wollen. Immer mehr steigt das Bewusstsein, dass wir heute in einer global vernetzten Welt leben und transnationale Antworten auf die Krisen der Zeit brauchen. Solidarische Praktiken wollen ein Teil dieser Antwort sein. Sie beziehen sich auf eine spezifische normative Qualität, die Menschen in jeder Gemeinschaft erfahren – den Zusammenhalt, das Füreinander-Einstehen –, und wollen diese gleichzeitig transzendieren.

Solidarische Praktiken reagieren also teils explizit, teils implizit auf problematische gesellschaftliche, politische oder ökonomische Entwicklungen – angefangen von niedrigen Löhnen in den Kleiderfabriken in Bangladesch bis hin zu massiven Klimafolgen in Afrika. Die bloße Existenz dieser Probleme führt allerdings noch nicht zur Solidarität, sondern es braucht einen gemeinsamen Problemhorizont,

damit solidarische Praktiken entstehen. Solidarische Praktiken, die auf einem solchen geteilten Problemhorizont fußen, implizieren dabei eine Vision einer anderen, einer besseren Gesellschaft. Akteur*innen solidarischer Praktiken sind sich dabei – zumindest teilweise – bewusst, dass es nicht nur eine Vision gibt, sondern viele, mitunter auch konfligierende. Denn jede solidarische Praxis schließt aufgrund ihres Einsatzes für partikuläre Interessen andere Gruppen oder Menschen aus, um sich überhaupt selbst konstituieren zu können. Dies zeigt sich beispielsweise auch an den Diskursen der Gewerkschaften darüber, für wen sie sich im globalen Kontext einsetzen sollten.

Dieser Beitrag geht von dem Befund aus, dass sich gegenwärtig immer mehr Menschen jenseits traditioneller Grenzziehungen aktiv zusammenschließen und Netzwerke bilden, um der globalen Vernetztheit Ausdruck zu verleihen sowie auf transnationale Krisen zu reagieren. Sie tun das allerdings immer im Plural, weshalb man von einer Pluralität solidarischer Praktiken sprechen sollte. Leitfragen für die sozialphilosophisch orientierte Reflexion sind unter anderem: Worum genau handelt es sich bei politischer Solidarität in transnationalen Kontexten, wie unterscheiden sich diese Praktiken von anderen Bewegungen, und wie formen sie das politische Feld? Die Argumentation will zeigen, dass sich Solidarität angesichts globaler Krisen als ein gesellschaftskritisches transformatives politisches Geschehen konstituiert und dabei immer eine heterogene Struktur aufweist. Genau darin besteht das politische Potenzial politischer Solidarität in transnationaler Perspektive.¹

2 Worum es (philosophisch) geht: Soziale und politische Solidarität

Solidarität grenzt sich von anderen normativen Großkonzepten, die gegenwärtig verhandelt werden, deutlich ab. Solidarität geht beispielsweise über ein Gesellschaftsverständnis hinaus, das die soziale Sphäre als eine Ansammlung atomisierter Individuen versteht, die ausschließlich ihre eigenen Interessen (rational) verfolgen. Das Modell des *homo oeconomicus* ist ein Beispiel hierfür. Ein solches Verständnis bringt zu wenig die Verbundenheit der Menschen in Anschlag. Mit Aristoteles gesprochen: Der Mensch ist immer ein soziales Wesen, und genau aus dieser Verbundenheit heraus erwachsen normative Ansprüche. Gleichzeitig grenzt sich Solidarität auch von rein strategischen Kooperationen ab, weil es der Solidarität nicht um strategische Win-win-Situationen geht. Solidarische Praktiken implizieren mehr als ein strategisches Ziel; sie haben eine „andere“ Gesellschaft zum Ziel.

Solidarität beschreibt, so lässt sich der Kern verschiedenster Solidaritätskonzepte festhalten, die wechselseitige

Verbundenheit von Angehörigen einer Gruppe (Reder 2015, S. 14). Jede Form von Solidarität basiert, wie Richard Rorty (1989, S. 306ff.) betont, auf einer partikularen wie kontingenten Wir-Beziehung. Die Verbundenheit in dieser Gruppe kann dabei auf unterschiedlichen Grundlagen ruhen: Gemeinsame Geschichte, Kultur, Identität, Lebensform oder Handlungspraxis sowie geteilte Werte, Erfahrungen oder Ziele. Daraus erwachsen wiederum bestimmte normative Forderungen (Bayertz 1998, Kolers 2011). Die zentrale Frage ist, wie genau diese Anforderungen aus den Formen der Verbundenheit entstehen.

Dieser erste Zugang macht bereits deutlich, dass mit der Rede von Solidarität eine eindeutige Unterscheidung von deskriptiv und normativ unterlaufen wird. Grundlage hierfür ist eine wichtige sozialphilosophische Einsicht, die Philosoph*innen wie Georg F. W. Hegel, Theodor W. Adorno und Judith Butler gleichermaßen formuliert haben: Wenn wir über normative Anforderungen nachdenken, können (und sollten) diese nicht aus rein abstrakten Argumentationen begründet werden. Normative Ansprüche erwachsen vielmehr, so die These, aus dem Zusammenleben der Menschen selbst. Es macht deshalb wenig Sinn, wenn z. B. zuerst ein Prinzip von Gerechtigkeit theoretisch begründet und dann auf die gesellschaftliche Wirklichkeit angewandt wird. Normative Ansprüche entstehen vielmehr aus den Erfahrungen, die Menschen im Kontext ihrer sozialen Verbundenheit machen, und bewahren sich in diesen.

Das Entstehen solidarischer Praktiken zeigt diese wechselseitige Verschränkung von deskriptiver und normativer Ebene in deutlicher Weise. Als soziale Wesen erfahren sich Menschen als verbunden. Und genau aus diesen Formen der Verbundenheit erwachsen normative Anforderungen. Weil Menschen sich verbunden fühlen, erleben sie es beispielsweise dann als eine moralische Anforderung, sich füreinander einzusetzen. Im Anschluss an Hegel deutet Axel Honneth (1992) Solidarität dann als eine intersubjektive Anerkennung auf der Basis geteilter Erfahrungen, während Rahel Jaeggi (2001) diese als eine kollektive Praxis des Füreinander-Einstehens versteht.

Als grundlegend für die gesamte Debatte über Solidarität erweist sich, an diese Überlegung anschließend, eine von Kurt Bayertz (1998) gezogene Unterscheidung zwischen einer Gemeinschaftssolidarität und einer politisch orientierten Kampfsolidarität. Sally Scholz (2008) greift diese Unterscheidung mit den Begriffen der sozialen und politischen Solidarität auf (vgl. auch den Beitrag von Lessenich et al. in diesem Heft). Soziale Solidarität

¹ Der Beitrag wurde im Rahmen des vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojekts „Praktiken der Solidarität: Strukturen und Dynamiken transnationaler Solidarität im 20. und 21. Jahrhundert“ (2018–2021) erarbeitet. Für nähere Informationen zum Projekt siehe <https://praktiken-solidaritaet.de>

verweist auf die inneren Bindemittel von Gruppen unterschiedlichster Reichweite: von kleinen Gemeinschaften, die auf erfahrbaren Nah-Beziehungen und substanziellen Gemeinsamkeiten beruhen, bis hin zu ausdifferenzierten Gesellschaften, in welchen Menschen nur funktional, aber nicht persönlich verbunden sind (ebd., S. 21ff.). Soziale Solidarität beschreibt dabei als soziologischer *terminus technicus* in der Tradition Émile Durkheims das soziale Band einer Gesellschaft, welches angesichts der Auflösung traditioneller Familien- und Gemeinschaftsbeziehungen die gesellschaftliche Einheit herstellt (Große Kracht 2019; Sangiovanni 2015). Als Ziel sozialer Solidarität kann dabei die Bewahrung des sozialen Zusammenhalts und der Funktionsfähigkeit von Gruppen verschiedener Reichweite gedeutet werden (vgl. den Beitrag von Wagner in diesem Heft).

Soziale Solidarität markiert damit die normative Basis von Gruppen, die deren Zusammenhalt und Stabilität garantieren soll. Sie kann entweder als Basis der Problembearbeitung im Kontext gemeinschaftlicher Herausforderungen fungieren, wie am Beispiel der Reaktionen auf die Corona-Krise ersichtlich ist. Oder sie kann als Grundlage politischer Prozesse der Institutionalisierung dienen, wie an der sozialwissenschaftlichen Thematisierung des Sozialstaats und der Sozialversicherungssysteme abgelesen werden kann (z. B. Lessenich 1999). Neben nationalstaatlich verfassten Gesellschaften werden dabei zunehmend auch transnationale Formen der Vergesellschaftung betrachtet: Im Zuge der Folgewirkungen der europäischen Finanz- und Schuldenkrise sowie der Migrationsbewegungen wird europäischer Zusammenhalt vermehrt mittels der Konzeption europäischer Solidarität verhandelt (Habermas 2012).

Die aktuellen Solidaritätsaufrufe im Kontext der Corona-Krise können als Formen sozialer Solidarität verstanden werden. Allerdings beziehen sich diese Formen, trotz der globaler Dimension der Pandemie, meist auf nationalstaatlich verfasste Gesellschaften. Der Fokus liegt in der Betonung bereits vorhandener Gemeinschaftsbeziehungen und zielt auf die Stabilisierung des vorhandenen Gemeinwesens. Prävention und Erhalt, nicht Transformation stehen im Zentrum. Dabei ist im deutschen Kontext bereits die erweiterte Wir-Beziehung europäischer Solidarität weniger präsent. Die Geflüchteten an der griechisch-türkischen Grenze finden in Zeiten von Corona noch weniger Beachtung, symbolträchtig erkennbar an der Aussetzung der humanitären Geflüchtetenhilfe durch die Bundesregierung im März 2020.

Gegenüber der sozialen Solidarität betont das Konzept politischer Solidarität den kritischen und transformativen Charakter von Solidarität. Durch das Konzept politischer Solidarität rücken kollektive Formen demokratischer Partizipation, zivilgesellschaftliches Engagement und politischer Aktivismus in das Zentrum der Betrachtung. Die Analyse weitet sich damit aus auf eine Vielfalt von Praktiken wie z. B. lokale Bürger*innen-Initiativen, Post-

wachstums-Experimente, Unterstützungsnetzwerke für Geflüchtete, die Indignados in Spanien oder das Pro-Demokratie-Lager in Hongkong sowie auf transnationale Bewegungen wie FridaysforFuture, BlackLivesMatter, Occupy oder #Metoo.

Damit sind zwei Seiten von Solidarität skizziert, die immer wechselseitig aufeinander bezogen sind: Soziale und politische Solidarität können nicht voneinander getrennt werden. Um die Vielfalt an solidarischen Praktiken erfassen und diskutieren zu können, ist diese Unterscheidung jedoch hilfreich. Denn manche solidarischen Praktiken setzen ihren Fokus auf die erfahrbaren Gemeinschaftsbeziehungen und andere auf das politisch-transformative Potenzial, das aus diesen erwächst.

Vor diesem Hintergrund lässt sich nun auch die spezifisch normative Dimension von Solidarität, insbesondere von politischer Solidarität, fassen. Judith Butler (2004) erklärt diesen Zusammenhang besonders prägnant: Aus der allgemein menschlichen Erfahrung der Verbundenheit (also der sozialen Solidarität) erwächst der normative Anspruch, sich wechselseitig wahrzunehmen. In komplexen Sozialbeziehungen besteht allerdings die Gefahr, dass Menschen durchs Raster fallen und eben nicht mehr wahrgenommen werden. Dies bezeichnet Butler als Gefährdetsein und meint damit die fundamentale Gefahr, nicht mehr als Mensch beachtet und anerkannt zu werden.

Aus der Erfahrung, dass Menschen soziale Wesen sind, erwächst also der normative Anspruch, auf die vielfältigen Formen der Gefährdung menschlichen Lebens zu achten. Es geht dabei nicht um die theoretische Begründung allgemeiner normativer Prinzipien, sondern um das konkrete Hinschauen auf Formen des Ausschlusses, der Diskriminierung oder der Gefährdung. Solidarische Praktiken haben in besonderer Weise das Potenzial – so lässt sich mit Butler argumentieren –, den Blick auf diejenigen zu lenken, die aufgrund ihrer Geburt, ihrer sozio-ökonomischen Situation oder ihres mangelnden Zugangs zu Wissen nicht privilegiert sind und deshalb leicht aus dem Blick geraten oder vollkommen aus dem Sozialen oder Politischen ausgeschlossen werden.

In der gegenwärtigen transnationalen Konstellation und angesichts vieler globaler Krisen zeigen sich viele (neue) Formen des Ausschlusses und der Prekarisierung des Lebens. Politische Praktiken der Solidarität verstehen sich als eine Antwort darauf. Sie sind kollektive Praktiken des Füreinander-Einstehens, durch welche die Ausgeschlossenen und Gefährdeten eine politische Stimme bekommen können. Menschen schließen sich zusammen, um auf die Situation von Menschen in prekären Lebenskontexten aufmerksam zu machen – um gemeinsam Widerstand zu leisten gegen politische Formen des Ausschlusses. Sally Scholz (2008) konzeptualisiert politische Solidarität deshalb als kollektives Engagement, welches auf die Überwindung ungerechter Zustände und emanzipatorischen Wandel zielt.

In diesem Sinne kommt solidarischen Praktiken und Diskursen immer auch ein utopisches Moment zu. So wie Toulmin (1991) die Ausrichtung einer kosmopolitischen Politik auf das rational Machbare als einen Defekt modernen Denkens kritisiert hat, so wollen auch die Akteur*innen solidarischer Praktiken das bloß Praktikable hinter sich lassen. Es geht nicht um utilitaristisch ausgestaltete Formen von Weltpolitik. Vielmehr impliziert Solidarität die Vorstellung einer visionären Zukunft, die auf konkreten Praktiken beruht und diese gleichzeitig immer übersteigt, hin auf eine „andere Welt“, etwa eine Welt, in welcher auch die Belange von geflüchteten Menschen – trotz Corona – Beachtung und Unterstützung genießen. Dies ist der utopische Charakter der Solidarität.

Auch wenn in der gegenwärtigen Corona-Krise viele Äußerungen und Handlungen, wie gesehen, als soziale Solidarität interpretiert werden müssen, so weisen doch auch immer mehr soziale Bewegungen auf neue Ausschussformationen hin und werden damit zu Ausdrucksformen politischer Solidarität. Denn diese Äußerungen zielen weniger auf eine Stabilisierung der Gemeinschaft in Zeiten des Virus, sondern vielmehr darauf, grundlegende soziale Ungleichheiten aufzudecken, die durch die Pandemie besonders deutlich zutage treten bzw. noch einmal verstärkt werden. An dieser Stelle erweisen sich diese sozialen Bewegungen als Ausdruck einer politischen Solidarität, die nicht nur auf eine Überwindung der Pandemie abzielen, sondern eine politische Transformation transnationaler Dynamiken angesichts vielfältiger Krisen im Blick haben. So kritisiert etwa die Seebrücken-Bewegung die Ausschlüsse, welche die Praxis der sozialen (Corona-)Solidarität nach sich zieht, und weist mit Nachdruck auf die Prekarität der Situation der Geflüchteten hin. In eine ganz ähnliche Richtung gehen die Aktivitäten des Bischöflichen Hilfswerks MISEREOR, das sich aktuell verstärkt für Geflüchtete in Zeiten der Pandemie einsetzt – in dem Wissen, dass diese Appelle in der eigenen Bevölkerung nur wenig und teils ungerne gehört werden. Denn vielen geht es nur um das eigene Leben oder das der eigenen Gemeinschaft.

3 Das Politische und seine transnationale und transkulturelle Dimension

Politische Solidarität greift heute mehr und mehr über den nationalen Kontext hinaus. Natürlich gibt es auch viele lokale Formen von Solidarität. Angesichts der globalen Dimension der allermeisten politischen Probleme (angefangen von Migration über Rassismus bis hin zu Wirtschaftskrisen und Klimafolgen) weisen jedoch sehr viele solidarische Praktiken eine transnationale oder transkulturelle Konnotation auf – angefangen von Fridaysfor-

Future über #Metoo bis hin zu religiösen solidarischen Praktiken. Diese Formen sind teilweise an lokal erfahrbare Gemeinschaftsbeziehungen geknüpft. Allerdings ist es ein zentrales Merkmal global vernetzter Gesellschaften, dass solidarische Praktiken nicht mehr notwendig daran gebunden sind. Menschen fühlen sich heute solidarisch jenseits traditioneller Grenzziehungen von Staaten oder Kulturen, dies zeigen die vielfältigen Erfahrungswelten der weltweit vernetzten Gesellschaft.

Ein weiteres Spezifikum solidarischer Praktiken ist, dass sie Antworten auf zunehmend transnationale Problemlagen geben wollen. Denn politische, ökonomische, ökologische, aber auch soziokulturelle Konflikte machen heute nicht an nationalstaatlichen Grenzen halt. Natürlich führen diese Krisen auch zu nationalen Schließungen, wie man seit einigen Jahren auch in westlichen Demokratien beobachten kann. Sie lassen jedoch auch vermehrt Praktiken politischer Solidarität über nationalstaatliche Grenzen hinweg entstehen, was sich an dem äußert vitalen Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen ablesen lässt. Deshalb spricht Carol Gould (2007) von überlappenden Netzwerken der Solidarität, die sich aus der grenzüberschreitenden Relationalität des Sozialen ergeben. Menschen entwickeln aufgrund ähnlicher Erfahrungen, Werte und Ziele vielfältige Formen der Verbundenheit, um politisch auf transnationale Problemlagen zu reagieren. Aber selbst der geteilte Werthintergrund muss beispielsweise nicht homogen strukturiert sein. Menschen fühlen sich heute etwa mit Geflüchteten solidarisch, obwohl sich die Wertehorizonte unterscheiden können. Menschen können sich zudem mit anderen Personen und Gruppen solidarisch fühlen, ohne hierfür über Nahbeziehungen miteinander verbunden zu sein.

In vielen traditionellen Erklärungsmodellen von Politik werden solche solidarischen Praktiken im globalen Kontext nur unzureichend beachtet. Dies liegt zum einen daran, dass politische Probleme oftmals wie selbstverständlich vor dem Hintergrund nationalstaatlicher Gesellschaften gedeutet werden – auch wenn sie einen transnationalen Charakter haben. Am Beispiel der Geflüchteten lässt sich dies ablesen. Denn auch wenn es sich hierbei offensichtlich um ein transnationales Phänomen handelt, wurde in Deutschland vor allem über die Auswirkungen hierzulande diskutiert. Zum anderen kommen solidarische Praktiken mit transnationaler Perspektive wenig in den Blick, weil ein verengtes Modell von Politik angelegt wird. In vielen theoretischen wie praktischen Diskussionen wird nämlich auf das offizielle politische System mit seinen Institutionen als Zentrum des Politischen geachtet (engl. *polity*). Dementsprechend findet die Thematisierung des Wohlfahrtsstaats als Form institutionalisierter Solidarität insbesondere innerhalb der Sozialwissenschaften große Beachtung. Nicht-institutionalisierte solidarische Praktiken finden hingegen weniger Aufmerksamkeit. Das Feld des Politischen betrifft allerdings nicht nur Wahlen, Parlamente und Gerichte, sondern alle sozialen Prozesse

und Praktiken, in denen Akteur*innen Einfluss nehmen und Gesellschaft zu gestalten versuchen.

Dem Nachdenken über politische Solidarität muss daher aus zwei Gründen ein weiter Begriff des Politischen zugrunde gelegt werden: erstens weil sich die Bedeutung der Nationalstaaten trotz aller gegenwärtiger Nationalismen in den vergangenen Jahren verändert hat. Staaten sind heute mehr als früher Akteure in einer globalisierten Weltgesellschaft, in der viele neue soziale Prozesse entstehen und Menschen, Systeme, Diskurse und Praktiken sich gegenseitig beeinflussen (Rosenau 2003). Das Feld des Politischen, das zwischen diesen vielfältigen Akteuren entsteht, ist dynamisch und enorm heterogen. Auch Staaten, die sich gegenwärtig wieder mehr nationalistisch verstehen, können sich aus der global vernetzten Wirklichkeit nicht zurückziehen.

Ein weiter Begriff des Politischen ist zweitens angebracht, weil sich die demokratisch geprägten Gesellschaften des Westens in einer grundlegenden Umbruchphase befinden. Entgegen Francis Fukuyamas These vom Ende der Geschichte erweisen sich die normativen und politischen Grundlagen westlicher Demokratien heute als kontingent, d. h. als umkämpft und veränderbar. Vielfältige Krisen haben das Vertrauen in die Legitimität und Funktionsweise liberaler Demokratien massiv erschüttert. Damit stellt sich heute wieder die Systemfrage (Marchart 2018). Vor diesem Hintergrund ermöglicht es ein weiter Begriff des Politischen, jene transnationalen Dynamiken, Prozesse und Kämpfe in den Blick zu nehmen, welche die Fundamente des politischen Systems in Frage stellen und eine kämpferische Auseinandersetzung um die Grundlagen des Zusammenlebens eröffnen.

4 Politische Solidarität angesichts weltweiter Krisen

Praktiken politischer Solidarität sind Teil transnationaler Auseinandersetzungen, die Antworten auf globale Problemlagen geben wollen. Diese Praktiken sind Formen grenzüberschreitender Verbundenheit. Praktiken politischer Solidarität zielen auf sozialen Wandel – sie wollen also eine transformative Wirkung entfalten und beinhalten ein utopisches Moment. Dabei sind diese transnationalen und transkulturellen Praktiken normativ nicht höherwertig als andere. Sie haben jedoch das Potenzial, in besondere Weise eine Sensibilität für diejenigen zu entwickeln, die aus dem globalen Beobachtungsraster fallen und deswegen besonders gefährdet sind.

Praktiken politischer Solidarität können sozialphilosophisch als kollektive Praktiken des Füreinander-Einstehens zur Erreichung bestimmter Ziele verstanden werden. Dabei ist politische Solidarität nicht nur eine Einstellung,

sondern drückt sich in gemeinsamen Handlungen aus. Diese Handlungen können wiederum Solidarität in unterschiedlicher Weise befördern, worin sich ihr performativer Charakter ausdrückt. „Das Bewusstsein wechselseitiger Verbundenheit [wächst] nur *im Akt* des gemeinsamen Eintretens für geteilte Belange“ (Lessenich 2019, S. 99). Nur durch das aktive solidarische Handeln entsteht politische Gestaltungsmacht. Damit wird es möglich, „Situationen des gemeinsamen Lebens aktiv zu gestalten, denen man sonst passiv unterworfen wäre“ (Celikates/Jaeggi 2017, S. 40).

Dabei sind Praktiken politischer Solidarität als Reaktion auf einen als defizitär erachteten Zustand zu verstehen und zielen auf dessen Überwindung. Die Art und Weise, wie Praktiken politischer Solidarität auf die Überwindung einer Krise reagieren, markiert deren transformativen Charakter. Praktiken politischer Solidarität leisten konkrete Hilfe oder Unterstützung im Bedarfsfall, transzendieren diesen Handlungskontext jedoch, indem sie Forderungen in den öffentlichen Diskurs einbringen. Damit adressieren sie die politisch-systematischen Ursachen des defizitären Zustands und zielen auf eine Veränderung (Scholz 2008). Hilfeleistungen verbleiben im Konkreten und adressieren nicht die strukturellen Ursachen des Hilfekontexts.

Demgegenüber vermitteln Praktiken politischer Solidarität die Ebene des Besonderen mit der Ebene des Allgemeinen, indem sie durch politische Forderungen die strukturellen Ursachen der *konkreten* Situation auf eine allgemein-politische Weise adressieren. Das von Akteur*innen politischer Solidarität geforderte Allgemeine kann dabei z. B. die Form von Gesetzesänderungen, institutionellen Reformen, alternativen gesellschaftlichen Normen oder eines Wertewandels annehmen. Gemeinsam ist diesen Praktiken, dass der normative Rahmen des Politischen verändert werden soll. Sie sind also Teil des Kampfes darum, wie Gesellschaft gestaltet und strukturiert werden soll (Hark et al. 2015; Heindl/Stüber 2019).

Die Betonung des Kampfes um das Allgemeine markiert auch einen zentralen Unterschied zu anderen Konzeptionen politischer Solidarität. Nach Bayertz (1998, S. 40ff.) zielt politische Solidarität z. B. auf die Etablierung von Rechten, die aus der Perspektive der Gerechtigkeit legitim sind. Gerechtigkeit ist damit der Solidarität vorgelagert. Diese scheint schon eindeutig bestimmt zu sein, bevor politische Auseinandersetzungen beginnen und Solidarität entsteht. Das Verhältnis ist jedoch bei einem genaueren Blick genau andersherum: (Globale) Gerechtigkeit ist der politischen Solidarität nicht vorgelagert, sondern vielmehr wird die Frage nach Gerechtigkeit in Praktiken der Solidarität weltweit konflikthaft verhandelt und artikuliert. In diesem Sinne sind Praktiken politischer Solidarität „immer auch Voraussetzung, damit Gerechtigkeit konstituiert werden kann“ (Reder 2015, S. 22). Mit einem solchen Verständnis kann auch das transformative Potenzial politischer Solidarität kritisch gewürdigt werden: Praktiken politischer Solidarität sind ein zentraler

Motor globalen Wandels, ohne dass dieser von vornherein auf ein festes Ziel hin ausgerichtet ist.

Politische Solidarität erweist sich, so lässt sich zusammenfassen, als ein dialektisches Phänomen. Diese Dialektik zeigt sich in mehrfacher Hinsicht: Solidarität geht zunächst von konkreten Problemen aus und will diese gleichzeitig übersteigen. Es geht deshalb beispielsweise in konkreten Hilfsaktionen immer auch um Vorstellungen eines gelungenen Miteinanders als Ganzes: Die besondere Situation, z. B. der Ausgeschlossenen, wird mit einer allgemeinen (normativen) Perspektive zur Überwindung des Leids verbunden. Wenn dieses Allgemeine jedoch verabsolutiert bzw. naturalisiert wird (z. B. in *einem* Gerechtigkeitsprinzip), entsteht immer die Gefahr, die konkrete Situation der Ausgeschlossenen aus dem Blick zu verlieren. Solidarität ist kein letzter normativer Ankerpunkt, sondern Teil der dialektischen Bewegung des Politischen.

Solidarität ist dabei auch von einer unauflösbaren Dialektik von Inklusion und Exklusion gekennzeichnet. Radikale Demokrat*innen oder postkoloniale Theoretiker*innen betonen, dass jede Vergemeinschaftung „stets mit der Festlegung einer Differenz einhergeht“ (Mouffe 2014, S. 25). Mit dieser Differenz grenzen sich solidarische Gruppen von anderen Gruppen und deren Zielen ab: „immer wenn wir ‚wir‘ sagen, müssen wir um jeden Preis jemanden ausschließen, ihm etwas wegnehmen, etwas konfiszieren“ (Mbembe 2017, S. 75). Auch Praktiken politischer Solidarität in globalen Kontexten implizieren solche Akte der Exklusion. Vollkommen inklusive Solidaritäten sind illusionär und leisten einem Bild von Sozialromantik Vorschub, das Solidarität als Ganzes zu unterminieren droht. Deswegen meint die Rede von globaler Solidarität auch nicht das Füreinander aller Menschen, sondern eine Vielfalt unterschiedlich ausgerichteter und teils konfliktärer Formen politischer Solidarität.

Politische Solidarität impliziert also immer eine Dialektik von Inklusion und Exklusion. Die zentrale Frage ist, wie weit diese Exklusion gehen darf, ohne dass Praktiken politischer Solidarität problematisch werden. Politische Solidarität, so die These dieses Beitrags, kann am besten als eine dialektische Bewegung verstanden werden, die zwar immer mit Exklusion behaftet ist, aber genau dann problematisch wird, wenn sie diese Exklusion absolut setzt und damit das Besondere, den Blick auf die ausgeschlossene, diskriminierte, leidende Person, nicht mehr wahrht.

Dies gilt beispielsweise für rechte Gruppierungen, die im Kampf um das Allgemeine autoritäre Schließungstendenzen zeigen, auf Homogenität setzen und damit dem Besonderen nicht gerecht werden. Globale Entwicklungen sind aus der Perspektive der transnationalen Solidarität vor allem dort zu kritisieren, wo sie den Ausschluss gefährdeten Lebens oder diskriminierende Praktiken fördern. Politische Solidarität zeigt demgegenüber ihr politisches Potenzial, wenn sie in den Auseinandersetzungen um das Allgemeine angesichts globaler Probleme die Stimme der Ausgeschlossenen und damit das Besondere im All-

gemeinen hörbar macht. So vermochte es beispielsweise BlackLivesMatter, die Perspektive der von Polizeigewalt und -willkür besonders betroffenen afro-amerikanischen Gemeinschaft zunächst in den US-amerikanischen und schließlich in den internationalen Diskurs einzubringen (Loick 2018). Die Folge war ein Kampf um das Allgemeine, und zwar eine politische Diskussion darüber, wie Institutionen und exekutive Praktiken verfasst sein sollten.

Wenn es aber eine Vielzahl von solidarischen Praktiken mit ganz unterschiedlichen inhaltlichen Stoßrichtungen gibt, wie lassen diese sich dann im Einzelnen kritisieren? Im Anschluss an Jaeggi (2014) unterscheiden Heindl und Stüber (2019) formal drei mögliche Formen der Kritik an bestehenden solidarischen Praktiken: externe, interne und immanente Kritik. Interne Kritik setzt an den explizit selbstgesetzten Normen einer solidarischen Praxis an und kritisiert gegebenenfalls deren mangelnde praktische Umsetzung. Die immanente Kritik fokussiert ebenfalls auf die selbstgesetzten Normen einer Praxis, kritisiert jedoch nicht deren fehlende Umsetzung, sondern weist auf Widersprüchlichkeiten und Probleme hin, die gerade aus deren praktischer Wirksamkeit entstehen. Eine externe Kritik solidarischer Praktiken bewertet diese anhand eines praxisexternen Maßstabs. Der hier vorgeschlagene Maßstab – die Wahrung der Dialektik von Besonderem und Allgemeinen – lässt sich als externe Kritik verstehen und ermöglicht eine kritische Reflexion solidarischer Praktiken.

5 Fazit: Pluralität politischer Solidarität statt Homogenität

Die aktuelle Debatte über Solidarität wird oft von der Perspektive der sozialen Solidarität im Sinne eines einheitsstiftenden sozialen Bandes dominiert. Deswegen sprechen selbst Gewerkschaften teils mehr von gesellschaftlichem Zusammenhalt als von politischer Solidarität in transnationaler Perspektive. Die Folge dieser Fixierung ist eine Tendenz zur Homogenisierung, welche die Pluralität und Transnationalität solidarischer Praktiken verkennt.

Es entsteht der Eindruck, als ergäben sich solidarische Formationen primär im Kontext nationaler Territorien. Auch die Appelle an eine nationalstaatlich gedachte soziale Solidarität im Rahmen der Corona-Krise verstärken diese Tendenz. Dadurch entsteht ein falsches Bild solidarischer Gruppen, denn viele Praktiken politischer Solidarität implizieren gegenwärtig eine transnationale oder transkulturelle Dimension. Vernachlässigt wird außerdem die Pluralität von politischen Bewegungen, welche die Grundlage unterschiedlicher, teils konfligierender solidarischer Praktiken ausmachen können. Eine vorhandene Pluralität

an transnationalen Praktiken politischer Solidarität unterschiedlichster Reichweite und das weltweite komplexe und dynamische Netzwerk sozialer Beziehungen geraten aus dem Blick.

Darüber hinaus führt eine Fixierung auf soziale Solidarität oftmals dazu, dass die Pluralität von Praktiken politischer Solidarität negativ bewertet wird. Anstatt das konstruktive Potenzial von pluralen solidarischen Praktiken zu würdigen, werden diese als fragmentierende Bedrohung für die soziale Solidarität bzw. für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt betrachtet. Die Pluralität vorhandener Praktiken soll homogenisiert werden, um gesellschaftliche Verhältnisse zu stabilisieren. In diesem Sinne klagt Bude (2019) über die Erosion der gesamtgesellschaftlichen Solidarität zugunsten vieler kleiner Solidaritäten, eine Entwicklung, die in der Gegenwart in einem zersetzenden „Kampf der Solidaritäten“ (ebd., S. 143f.) münde.

Natürlich können politische Bewegungen, die vor allem auf ein homogenes Allgemeines setzen, das Potenzial politischer Solidarität, wie sie bislang skizziert wurde, auch unterlaufen oder gar zersetzen, wie aktuell an der Debatte über Identitätspolitik zu sehen ist. Wenn in einer global vernetzten Welt in Demokratien beispielsweise „der Muslim“ als Antipode der Demokratie stilisiert wird, um die eigene liberale Identität zu festigen, so unterläuft eine solche Bewegung genau das Potenzial, das in politischer Solidarität steckt: nämlich in politischen Auseinandersetzungen die Dialektik von Allgemeinem und Besonderen immer offen zu halten. Dabei sind solidarische Praktiken immer auch herausgefordert zu reflektieren, welche Machtasymmetrien sie implizieren bzw. wen sie ausschließen. Gesellschaftliche Pluralität, die sich auch in einer Vielfalt solidarischer Praktiken ausdrückt, hat jedoch einen großen Wert, so das Kernargument dieses Beitrages. Anstatt diese Pluralität in einem Konzept übergreifender sozialer Solidarität aufzulösen, gilt es vielmehr, das Potenzial dieser Pluralität für Demokratien, aber auch für global-politische Prozesse zu würdigen. Indem Praktiken politischer Solidarität Vorstellungen darüber implizieren und artikulieren, wie wir als (Welt-)Gesellschaft zusammenleben sollen, bereichern sie den politischen Diskurs. Erst dies führt zu einer Demokratisierung des Politischen im umfassenden Sinne (Lessenich 2019) – gerade in einer globalisierten Welt.

Praktiken politischer Solidarität kommt das Potenzial zu, diejenigen, die nicht gehört werden, neu in den Diskurs einzubringen. Sie können ausgeschlossene Perspektiven, Zusammenhänge oder Zustände sichtbar und hörbar machen und an das Licht der globalen Öffentlichkeit bringen. Gerade in einer globalisierten Welt ist dies umso dringlicher. Die Arbeiterin in einer Textilfabrik in Bangladesch, in der grundlegende Formen des Arbeitsschutzes unterlaufen werden; die Migrantin auf ihrem Weg über das Mittelmeer nach Europa; Indigene im Regenwald Brasiliens, deren Lebensraum zerstört wird; oder die Farmerin in der Subsahara, die ihre Lebensgrundlage durch den klimabedingten Temperaturanstieg vernichtet sieht – sie alle werden in einer globalen Welt nur allzu leicht überhört. Die vielfältigen Praktiken der politischen Solidarität, die sich diesen Menschen und Themen heute in einer transnationalen Perspektive widmen, können ihre Stimmen ein wenig mehr hörbar machen. ■

LITERATUR

- Bayertz, K.** (1998): Begriff und Problem der Solidarität, in: Ders. (Hrsg.): *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt a. M., S. 11–53
- Bude, H.** (2019): *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee*, München
- Butler, J.** (2004): *Precarious Life: The Power of Mourning and Violence*, London/New York
- Celikates, R. / Jaeggi, R.** (2017): *Sozialphilosophie. Eine Einführung*, München
- Gould, C.** (2007): Transnational Solidarities, in: *Journal of Social Philosophy* 38 (1), S. 148–164
- Große Kracht, H.-J.** (2019): Solidaristische Solidarität und die Suche nach einer postliberalen Sozialtheorie. Comte, Durkheim und der französische Solidarismus, in: *SWS-Rundschau* 4/2019, S. 450–464
- Habermas, J.** (2012): „Vom Schwinden der Solidarität“. Jürgen Habermas im Gespräch, www.rp-online.de/kultur/vom-schwinden-der-solidaritaet-aid-1.3101079, 10.12.2012 (letzter Zugriff: 25.03.2020)
- Hark, S. / Jaeggi, R. / Kerner, I. / Meißner, H. / Saar, M.** (2015): Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. Solidarität ohne Identität, in: *Feministische Studien* 33 (1), S. 99–103
- Heindl, A. / Stüber, K.-S.** (2019): Die Pluralität von Solidaritäten und Formen der Kritik, in: *SWS-Rundschau* 4/2019, S. 352–370
- Honneth, A.** (1992): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt a. M.
- Jaeggi, R.** (2001): Solidarity and Indifference, in: Meulen, R. / Arts, W. / Muffels, R. (Hrsg.): *Solidarity and Care in the European Union*, Dordrecht, S. 287–308
- Jaeggi, R.** (2014): *Kritik von Lebensformen*, Berlin
- Kolers, A.** (2011): *A Moral Theory of Solidarity*, Oxford
- Lessenich, S.** (1999): Back to Basics: Vielfalt und Verfall wohlfahrtsstaatlich organisierter Solidarität in Europa, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 45 (1), S. 24–38
- Lessenich, S.** (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Stuttgart
- Loick, D.** (2018): Was ist Polizeikritik?, in: Ders. (Hrsg.): *Kritik der Polizei*, Frankfurt a. M., S. 9–35
- Marchart, O.** (2018): Für eine Medeische Union. Flucht, Migration und die Ethik der Demokratie, in: *Mittelweg* 36. *Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung* 27 (3), S. 31–42
- Mbembe, A.** (2017): *Politik der Feindschaft*, Berlin
- Mouffe, C.** (2014): *Agonistik*, Berlin
- Reder, M.** (2015): Solidarische Praktiken in globaler Perspektive, in: *Widerspruch* (62), S. 13–25
- Rorty, R.** (1989): *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Frankfurt a. M.
- Rosenau, J. N.** (2003): *Distant Proximities: Dynamics Beyond Globalization*, Princeton
- Sangiovanni, A.** (2015): Solidarity as Joint Action, in: *Journal of Applied Philosophy* 32 (4), S. 340–359
- Scholz, S.** (2008): *Political Solidarity*, University Park PA
- Toulmin, S.** (1991): *Kosmopolis. Die unerkannten Aufgaben der Moderne*, Frankfurt a. M.

AUTOREN

MICHAEL REDER, Dr. phil., Professor für praktische Philosophie und Leiter des Instituts für Ethik und Sozialphilosophie an der Hochschule für Philosophie München. Forschungsschwerpunkte: Grundlagen der Sozialphilosophie, politische Philosophie in globalen Konstellationen, Umweltethik.

@ michael.reder@hfph.de

ALEXANDER MARTIN HEINDL, M.A. Philosophie, B.Sc. Betriebswirtschaftslehre, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für Philosophie München. Forschungsschwerpunkte: Theorie der Solidarität, Pragmatismus, Radikale Demokratie.

@ E-Mail: alexander.heindl@hfph.de